

Thesen zur strategischen Situation der Europawahl

Vorbemerkung: Wir beschränken uns hier auf eine Skizze der strategischen und kommunikativen Ausgangssituation, auf die DIE LINKE im Wahlkampf reagieren müssen. Die vorgeschlagenen Linien sind keine Aussage über die Wichtigkeit unterschiedlicher programmatischer Positionen. Wir schlagen vielmehr vor, vorhandene inhaltliche Differenzen nicht im Vorfeld des Wahlkampfes zu „klären“ oder „festzuzurren“, sondern zu prüfen, welche Korridore die Partei zusammen gehen kann und welche konkreten Forderungen geeignet sind, unsere Kritik und Vision für ein anderes Europa zu verdeutlichen.

Die strategische Ausgangslage

Bislang ist die öffentliche Debatte um die EU, Europa und die Europawahlen weitgehend durch die Frage „für oder gegen Europa?“ strukturiert. Diese Trennungslinie spielt den bürgerlichen Parteien in die Hände, weil dahinter grundlegende Fragen über die Ausrichtung der EU zurücktreten. Die geostrategische Situation, in der die EU als Hort des Widerstands gegen einen autoritär-anarchistischen Donald Trump dargestellt wird, bestärkt diese Gegenüberstellung. Und sie schafft für die neoliberalen Parteien einen Begründungszusammenhang für eine eigene europäische Armee und vertiefte neoliberale Integration.

Mit einer Pro-Europa-Haltung werden medial die Themen Sicherheit /Frieden und Wohlstand /Wettbewerbsfähigkeit und politische Stabilität verbunden („uns geht es doch hier noch gut im Vergleich zu Griechenland oder auch Ungarn“ u.ä.). Dagegen werden Rechtspopulismus, Nationalismus und Trump als Gefahr wahrgenommen.

Allerdings: Für die Union kann die Positionierung zum Spagat werden - oder zum Richtungskampf: zwischen Merkel als Garantin von Wohlstand, Wettbewerbsfähigkeit, offener Gesellschaft und Kosmopolitismus und der rechtspopulistischen Linie Seehofer (Europa nicht auf Kosten unsere Heimat, Identität und unserer Steuergelder; Grenzsicherung mit allen Mitteln). Es ist wahrscheinlich, dass die Migrations-/Geflüchteten-Debatte erneut ein wichtiges auch mediales Auseinandersetzungsfeld sein wird. Dabei beziehen sich die Differenzen zwischen CDU und CSU, (FDP, Grünen) weniger auf konkrete Unterschiede bei der Behandlung von Geflüchteten (Seehofer will Auffanglager vor der bayerischen Grenze, Merkel vor der europäischen Grenze) sondern auf die Linie **Unilateralismus versus Multilateralismus**. Damit steht gleichzeitig die Frage, was und ob in der europäischen Politik noch gemeinsam verhandelt werden kann. Das wird die Diskurskonstellation „für oder gegen Europa“ bestärken.

Die Konflikte um die Zukunft der Währungsunion, Staatschulden und Austeritätspolitik werden als Widersprüche zwischen Macron und Merkel ausgetragen und wahrgenommen. Diese Themen werden eine Rolle spielen – unter dem Eindruck einer andauernden Krisensituation der EU verhandelt, sie werden aber wahrscheinlich nicht die dominante Auseinandersetzungslinie sein. Macron, der neoliberale Modernisierer, wird die Figur sein, um die sich ein Diskurs der „Veränderung“ gruppiert. Die Schwierigkeiten der herrschenden Politik, eine einheitliche europäische Politik zu definieren, werden medial eher in den Konflikt „Populisten vs. Merkel“, „Nationalismus vs. Europa“ übersetzt.

Auf die folgende Konstellation der wahlpolitischen Auseinandersetzung müssen wir uns einstellen:

Der „**rechte Pol**“ aus ggf. CSU und FDP und sicher AfD lässt sich auf den Tenor „**Deutschland zuerst**“ (AfD: Deutsche zuerst) bringen und wird die Themen nationale Souveränität („gegen Brüssel“), **Migration, Islam/kulturelle Identität** stark machen. Außerdem wird von CSU bis AfD das Argument „Deutschland darf nicht länger Zahlmeister Europas sein“ und ggf. Stimmungsmache gegen „Südeuropäer, die über ihre Verhältnisse leben“ kommen.

Der Pol „Europa als Errungenschaft und Grundlage unseres Wohlstands verteidigen, EU reformieren“. Das Lager „für Europa“ wird gebildet durch **Merkels Union(smehrheit)**, die **SPD** sowie die **Grünen**. Hier wird – stark abhängig von der gesellschaftlichen Stimmungslage zu Wahlkampfbeginn – mit unterschiedlichen Botschaften und Tonalitäten „mehr Europa wagen“, „Deutschland braucht Europa, EU braucht ein starkes Deutschland“, „soziales Europa“ etc. eine EU-positive Richtung eingeschlagen werden: Austeritätspolitik, deutsches Exportmodell und Abschottung gegen Geflüchtete und Militarisierung der EU werden nicht oder so moderat kritisiert, dass die Lagerzuordnung und Konfliktkonstellation nicht durchkreuzt wird.

Auf keinen Fall kann DIE LINKE einem dieser beiden Pole zugeschlagen werden. Quer zu der Diskurskonstellation werden wir von links die Gegenüberstellung stark machen: entweder Europa geht nach rechts, in Richtung eines autoritären Kapitalismus, der sich eher verbal vom autoritären Modell der Trump-Regierung absetzt (wiederum exemplarisch an der schnellen Ausweitung von Lagern für Geflüchtete und Einwanderern zu sehen) – oder es gibt eine linke Alternative. Ein „Weiter-so“ ist Teil der Krise. DIE LNKE steht gegen Austerität und Rassismus, gegen soziale Ungleichheit und Abschottung einer Festung Europa. Sie steht für ein soziales, zukunftsfähiges Europa: Das ernst macht mit sozialer Gerechtigkeit, gegen Konzerne und die transnationale Gemeinschaft der Superreichen und für die Beschäftigten, Erwerbslosen, für die Jugend in Europa. Das ernst macht mit Klimaschutz und die Wirtschaft auf ökologische, soziale, tragfähige Füße stellt.

Wahrscheinliche strategische Aufstellung der Parteien

Ziel der **Union(smehrheit)** und der damit verbundenen Medien dürfte es sein, den Pol „pro EU“ weitgehend hinter Merkel und der Union zu sammeln – und zu versuchen, den funktionierenden Spin „**Garantin für Stabilität, Wohlstand, Wettbewerbsfähigkeit und offene Gesellschaft**“ erneut aufzuführen. Die Erfolgchancen hängen von a) wirtschaftlichen Lage, b) der Wahrnehmung der dann aktuellen Krisensituation in Europa und dem Konflikt mit Trump, c) dem Kräfteverhältnis in der Union und der Stärke der AfD ab.

SPD und Grüne werden versuchen, diese Identifizierung von Europa mit Merkel zu durchkreuzen, Konflikte in der Union zu nutzen und eigene Themen innerhalb der Lagerzuordnung stark zu machen.

Die **SPD** wird (mit Unterstützung der Gewerkschaften, die das bereits angekündigt haben) das Thema „soziales Europa“ mit einem starken Fokus auf „zukunftsfähige Reformen der EU“, Investitionen, Wachstumsimpulse, Digitalisierung und europäische Solidarität gegen rechts stark machen. Aufgrund der gegenwärtigen Aufstellung der SPD, die auf der bundespolitischen Ebene kaum noch wahrnehmbar ist, ist nicht zu erwarten, dass ihre Interventionen hier viel Kraft entwickeln werden.

Die **Grünen** werden vermutlich die Themen mehr (direkte?) Demokratie, Digitalisierung, Klimaschutz und europäische Lösungen in der Asylpolitik stark machen.

In dieser Konstellation wird es die zentrale **Herausforderung DIE LINKE sein**, gegen die neoliberale Ausrichtung der EU-Politik, gegen konkrete Ungerechtigkeiten (Jugendarbeitslosigkeit, Sterben an den Außengrenzen, Aufrüstung und Militarisierung, Austerität und kein Versuch einer sozialen und ökologischen Wende von Wirtschaft und Gesellschaft etc.), Aushöhlung der Demokratie und gegen die rechtspopulistische Gefahr überhaupt eine dritte Position öffentlich und gesellschaftlich wahrnehmbar zu machen und nicht als kritisches Korrektiv des „Merkel-Pols“ in der Polarisierung zwischen Merkel und Rechtspopulisten (in der öffentlichen Wahrnehmung) „unterzugehen“.

Erste Hinweise zu Wahlgründen und Themen im linken Potenzial¹

Erste Untersuchungen im sehr weiten **linken Potenzial²** (Sonderauswertung Eurobarometer) deuten darauf hin, dass eine mit den Interessen der Wählerinnen und Wählern übereinstimmende Positionierung der LINKEN gut möglich ist: Linke Wähler_innen geben als häufigste Wahlgründe an, dass sie damit 1. die Verhältnisse durch die Wahlen zu verändern wollen (45%) 2. Sich europäisch fühlen / die EU unterstützen. Zweiteres kann als Hinweis gelesen werden, dass auch bei unserem Potenzial die Frage „für oder gegen Europa“ eine wichtige Rolle spielt und eine Positionierung für die EU als Positionierung gegen Nationalismus wahrgenommen wird.

Gefragt, welche **Themen** den Wahlkampf bestimmen sollten, wird die Liste wichtigste Themen bei linksorientierten Wählerinnen und Wählern angeführt von **Klimaschutz und Umwelt** (50%), gefolgt von **sozialer Sicherheit** für EU Bürger_innen (46%), Terrorismus (44%), **Bürgerrechte und Demokratie** (43%), **Jugendarbeitslosigkeit** bekämpfen (42%), Einwanderung (40%), „the way the EU should work in the future“ (39%), Verbraucherschutz und Ernährungssicherheit (32%), Datenschutz (32%), Sicherheits- und Verteidigungspolitik (25%), Grenzsicherung (24%), Wirtschaft und Wachstum (24%).

Erste Vorschläge für LINKE Positionierung

Die ersten Hinweise aus dem linken Potenzial stimmen mit der grundsätzlichen Orientierung LINKEN programmatisch und strategisch durchaus überein. DIE LINKE verbindet grundsätzlich das Eintreten für ein soziales Europa mit scharfer Kritik an der Politik der EU mit Austerität, Neoliberalismus, Jugendarbeitslosigkeit, Grenzregime etc. DIE LINKE hat sich Klimaschutz und sozial-ökologischen Umbau aus neuen Schwerpunkt vorgenommen.

Wir greifen in die Gegenüberstellung „autoritäres oder soziales Europa“ aktiv ein. Wir besetzen die gesellschaftliche Stimmung „**Europa nicht den Rechten und den Neoliberalen überlassen**“ **offensiv von links**. Wir sind die Alternative zu Rechtsruck und autoritärem Kapitalismus. Wir lassen uns nicht in die „mehr oder weniger Europa“-Linie drängen und machen gleichzeitig klar, dass wir der Gegenpol zu Nationalismus sind. **Wir verbinden das** mit der **sozialen Frage** und der Kritik der neoliberalen Politik, die den Nährboden für den Aufstieg der Rechten bildet. Unsere Kritik richtet sich vor allem **gegen konkrete politische und soziale Missstände**, institutionelle Kritik und Vorschläge bearbeiten wir im Wahlprogramm.

Mit dieser scharfen Kritik verbinden wir **konkrete und innovative Vorschläge**, die an den Ansätzen, was Menschen im Alltag erleben. Wir bemühen uns dabei auch um eine kommunikative Linie zu den

¹ Diese Angaben beruhen auf einer Sonderauswertung des Eurobarometers (deutsche Antworten). Im August / September werden Gruppendiskussionen, Haustürbefragungen und Telefonbefragungen folgen.

² Die Befragten haben sich selbst in rechts-links-mitte Wähler_innen eingeordnet.

Landtags- und Kommunalwahlen. Wir zeichnen ein starkes **Bild eines anderen Europas von links und verbinden es mit einer Polarisierung.**

In den nächsten Wochen wollen wir diskutieren, welche Themen und Schwerpunkte diesen Ansprüchen entgegenkommen und eine erfolgreiche Kommunikation und Intervention in das oben beschriebene Feld ermöglichen.

Mögliche Linien:

Gerechtigkeitswende und Umverteilung des Reichtums mit Mindeststeuersatz für Großkonzerne. Wenn der Steuerwettbewerb nach unten aufhören würde, wenn die Großkonzerne gerechte Steuern zahlen würden - welche Mittel würden dann eingenommen, was wäre damit machbar? Zum Beispiel der Aufbau der abgehängten Regionen, sozial-ökologischer Umbau, Fluchtumlage. Wir **investieren in die Menschen und gute Lebensbedingungen**, statt die Steuermittel den Finanzmärkten zu übereignen und die Regionen Markt und Freihandel zu unterwerfen. Im Wahlprogramm: Ende der Austerität, Alternativen zum Exportmodell, linkes Investitions- und Zukunftsprogramm.

Klima kennt keine Grenzen. Wir wollen eine dezentrale Energiewende in Europa. Sie macht ernst mit dem **Klimaschutz** und baut die Wirtschaft nach sozialen und ökologischer Visionen um: demokratisch und am Bedarf orientiert. Wir formulieren klare Ausstiegsziele, auch für die Kohleindustrie und einen gerechten Übergang für Beschäftigte und Regionen. Die Energie soll dezentrale organisiert sein, verbunden mit regionalem (ökologisch-) wirtschaftlichem Aufbau und Rücküberführung in kommunale Hand. Wir stärken die Mitbestimmung von Bevölkerung und Beschäftigten, stärken Wirtschaftsdemokratie und Genossenschaften. Wir greifen die Energieprivilegien der Unternehmen an und schaffen Voraussetzungen für Programm gegen Energiearmut.

Konkret: ...

Soziale Garantien gegen Niedriglohn, prekäre Arbeit und Armut mit gerechten **europäischen Mindestlöhnen und Tarifbindung – höhere Löhne in Deutschland sind auch gut für Europa.** Der deutsche Mindestlohn ist im europäischen Vergleich zu niedrig. Wie auch die anderen Löhne! Höhere Löhne in Deutschland heißt weniger Stress, mehr Nachfrage im eigenen Land. Wenn der Niedriglohnsektor in Deutschland ein Ende hat, ist das gut für die Menschen in Deutschland und gut für die europäischen Nachbarn **Arbeitszeitverkürzung, unbefristete Arbeit und Investitionen in soziale Dienstleistungen (Bildung, Gesundheit, Pflege) als Alternative zu (Jugend-)Arbeitslosigkeit, prekärer Arbeit und Dauerstress.** Im Wahlprogramm: soziale Korridore...

Konkret ggf Europäischer Mindestlohn (60% des nationalen Medians, bedeutet auch in Deutschland eine Anhebung)

Links verteidigte die Menschenrechte gegen das Geschäft mit dem Tod: Nein zu Aufrüstung und Militarisierung. Nein zu **Abschottung und Grenzzäunen.** Die EU braucht keinen Schub der Militarisierung, sondern einen Schub der Menschlichkeit. Die EU ihre eigene moralische Insolvenz erklärt hat (Norbert Blüm), wir stehen für eine solidarische, menschliche und europäische Flüchtlingspolitik. Statt eine eigene Armee und ein eigenes Militärbudget aufzubauen, muss im Mittelpunkt stehen: Menschenleben zu retten, Menschenrechte zu verteidigen, Waffenexporte verbieten und **die Demokratie in Europa weiterzuentwickeln.** Die Handelspolitik der EU ist selbst Fluchtursache! Wir treten für gerechte Handelsbeziehungen in Europa und zwischen der EU und anderen Staaten ein. Statt die Einwohner_innen zu bespitzeln und ihre Daten höchstbietend zu verkaufen, wollen wir eine Demokratie, in der es etwas zu entscheiden gibt und die die Möglichkeiten der kollektiven Selbstbestimmung schafft. Nicht nur auf europäischer, auch auf regionaler und kommunaler Ebene. Im Wahlprogramm: Kritik der Institutionen der EU, Szenarien eines Neustarts.

